

122/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 07.05.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

der Abgeordneten Lichtenberger, Freundinnen und Freunde

betreffend Masterplan Rad zur Förderung des Radverkehrs in Österreich

Der Radverkehr ist ein wesentliches Element des Verkehrsgeschehens. Als schadstofffreie und zudem gesundheitsfördernde Art der Fortbewegung ist der Radverkehr Bestandteil des „Umweltverbundes“, der einer der Hauptansatzpunkte für eine Senkung der Umwelt- und Gesundheitsbelastung aus dem Verkehr ist. Radverkehr sichert unter anderem auch Mobilität für die große Gruppe von Menschen - insbesondere Alte, Frauen und junge Menschen -, die nicht über ein Kraftfahrzeug verfügen und in der immer größer werdenden Zahl von Orten und Regionen ohne ausreichende öffentliche Verkehrsanbindung leben.

Über die vielfältigen ungenutzt bleibenden Möglichkeiten in diesem Feld legen außerordentlich erfolgreiche Pilotprojekte immer wieder ein beredtes Zeugnis ab. So konnte erst jüngst am Beispiel einer konkreten österreichischen Kleinstadt nachgewiesen werden, daß in einer guten Rad-Infrastruktur und der zusätzlichen Motivation, diese zu nutzen, das größte Potential zum Verkehrssparen in dieser in allen österreichischen Bundesländern reichlich vertretenen Siedlungsform liegt.

Zahlreiche Vorurteile gegen das Radfahren, wie das überschätzte Unfallrisiko, die in anderen Ländern offenbar nicht gegebene Witterungsabhängigkeit, die hohen Infrastrukturkosten durch die angeblich unumgänglichen separierten Wege sowie eine übertriebene Sondergesetzgebung, die zu Nachteilen und Undurchschaubarkeiten führt, sind fachlich in den vergangenen Jahren widerlegt werden.

Zusätzlich ist der Radtourismus und der Freizeit - Radverkehr eine wesentliche Stütze der heimischen Wirtschaft mit nach wie vor zunehmendem Gewicht. Die Einnahmen pro Nächtigung sind bei Radtouristinnen wesentlich höher als bei anderweitig „mobilen“ Urlaubsgästen. Da den Erschwernissen etwa im Bereich des Radtransports mit der Bahn auf der anderen Seite intensive Aufwertungsprozesse des Radverkehrs und des Langstrecken-Radtourismus auf internationaler Ebene gegenübersteht, wird diese Entwicklung auf absehbare Zeit nicht gestoppt werden.

Die weitere Unterstützung des Radverkehrs sollte daher auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive eine prioritäre Angelegenheit sein.

Eine stimmige übergeordnete verkehrspolitische Konzeption für den Radverkehr könnte hierbei eine sehr wichtige Katalysatorenfunktion haben. Integrierte Radverkehrsförderung durch eine solche verkehrspolitische Initiative, die neben Infrastrukturfragen auch Mobilitätsmanagement und Motivationsaspekte umfassen müßte, würde, wie etwa das Beispiel der Niederlande zeigt, einen Qualitätssprung der Radverkehrspolitik und einer menschengerechten Mobilitätspolitik insgesamt bringen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, aufgrund der wirtschaftlichen, umwelt- und gesundheitspolitischen Bedeutung einer Stärkung des Radverkehrs im Gesamtverkehrsgeschehen einen Masterplan Rad nach dem Vorbild und unter Nutzung der Erfahrungen insbesondere aus den Niederlanden vorzubereiten und Vorsorge für die nötige budgetäre Dotierung zu treffen.

Informeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verkehrsausschuß vorgeschlagen.